

# FAX

**Datum:** 24.07.2003



Unterbezirk Braunschweig

**An:** Braunschweiger Zeitung  
Lokalredaktion

**Telefon:** 0531 – 3900 0

**Fax:** 0531 – 3900 361

Anzahl der Seiten (inkl. Deckblatt): 1

**kai.florysiak@web.de**

**Telefon:** 0531 – 310 5882 (privat)

0531 – 8787 281 (dienstl.)

**Bemerkung:**

Zur  
Kenntnis

**Mit Bitte um  
Veröffentlichung**

Zur Stellung-  
nahme

Zur Prüfung

## PRESSEMITTEILUNG

Zum Leserbrief „Bürgerbefragung oder Volksverdummung“ von Rudolf Meyer

Die Jusos in der SPD / Unterbezirk Braunschweig wehren sich entschieden gegen die im o.g. Leserbrief geäußerten Unterstellungen und Falschaussagen. Der Leserbrief ist in grobem Maße irreführend und verleumderisch.

1. Es ist eine Frechheit, die Interessen der Jugendlichen Unterzeichner des Bürgerbegehrens auf Trinkgelage zu reduzieren. Jugendliche sind sehr wohl politisch. Sie haben verstanden, welche negativen Auswirkungen ein Einkaufszentrum im Schlosspark auf unseren Einzelhandel und damit die gesamte Innenstadt hat. Sie betrachten mit Sorge, welches augenscheinlich unterentwickelte Verständnis von Demokratie/Bürgerbeteiligung bei großen Teilen der gewählten Ratsmitglieder vorherrscht.
2. Auf den Listen des Bürgerbegehrens ist neben Name und Anschrift auch das Geburtsdatum anzugeben. Dieses wird – wie alle anderen Daten auch - von der Verwaltung überprüft. Es sollte unmittelbar einleuchten, dass eine Ablehnung des Bürgerbegehrens wegen formeller Fehler kaum im Interesse der Initiatoren und der Unterstützer sein kann.
3. Die Angabe der persönlichen Daten ist mit der Unterschrift rechtsgültig zu besiegeln. Die unterstellte Angabe von Daten persönlicher Freunde oder Bekannter erfüllt somit den Tatbestand der Urkundenfälschung. Es ist für uns eine Unverschämtheit, den Unterzeichnern eine derart kriminelle Energie nachzusagen. Wir lassen uns nicht als Gesetzesbrecher verleumden.
4. Auch die Jungen Liberalen und große Teile der Jungen Union unterstützen das Bürgerbegehren. Sie würden laut der schamlosen Unterstellung des Verfassers somit gegen ihre eigenen Parteien agieren. Dies ist mitnichten so. Hier geht es um eine Entscheidung für unsere Stadt und darum, bei derart langfristig gravierenden Entscheidungen den Willen der Bürger zu berücksichtigen - und nicht um parteipolitische Taktiererei.

Mit freundlichen Grüßen vom geschäftsführenden Vorstand der

JUSOS in der SPD / UB BS

Kai Florysiak

gez. Anne Müller-Löfke – gez. William Labitzke – gez. Steffen Kirsch